

28. Januar 1980

Lieber Paul!

Nachfolgend möchte ich versuchen, Dich über die gegenwärtige Situation in den Westberliner Betrieben der Deutschen Reichsbahn zu informieren. Dabei werde ich alles unberücksichtigt lassen, was zwischen uns bereits mündlich besprochen wurde.

1. In den beiden Reichsbahnausbesserungswerken hat sich die Atmosphäre zum Ende letzter Woche wesentlich versachlicht. Wir haben keinen Zweifel daran gelassen, daß 78 Entlassungen unabwendbar sind, so daß sich diese Erkenntnis mehr und mehr durchsetzt. Zugleich sind in beiden RAW für besondere Härtefälle entsprechende Austauschvorschläge den zuständigen Stellen der Reichsbahn übermittelt worden, so daß anzunehmen ist, daß die kompliziertesten Dinge damit aus der Welt geschafft werden können. Nachdem die Emotionen sich weitgehend entladen haben, beginnen die Parteiorganisationen wieder Tritt zu fassen und nach vorn zu sehen. Das hat sich auch bei unserer gestrigen Kundgebung „Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus“ anlässlich des 61. Jahrestages der Ermordung von Karl und Rosa gezeigt, an der ein beträchtlicher Teil der Genossen aus den RAWs teilgenommen hat. Wichtig scheint mir vor allem, daß gerade die Parteiorganisationen in diesen beiden Betrieben begonnen haben, Maßnahmen zur Sicherung der Einrichtungen der Deutschen Reichsbahn vor Sabotageakten und feindlichen Angriffen von außen zu ergreifen. Trotz allem ist man natürlich noch nicht vor Überraschungen völlig sicher. Aber ich glaube, wir werden die Dinge Zug um Zug in den Griff bekommen. Bisher gibt es in beiden RAW 2 Parteiaustritte, wobei es sich bei einem Fall um einen direkt betroffenen Genossen handelt und im zweiten Fall um einen Genossen, bei dem es bisher noch nicht gelungen ist, ihn von den Maßnahmen zu überzeugen, die Genossen jedoch noch hoffen, das zu erreichen und ihn damit für die Partei zu erhalten.
2. Etwas komplizierter ist die Lage noch in den anderen Dienststellen, besonders bei der S-Bahn, wo die gegnerische Propaganda („weitere 500 Entlassungen seien geplant“, „Aufforderungen zu Schritten gegen die FDGB-Funktionäre“ usw.) stärker wirkt. Doch auch hier ist eine gewisse Stabilisierung zu erkennen und bisher ist es den Genossen in allen Fällen gelungen, Vorbereitungen zu Streikaktionen und anderen Demonstrationen zu zerschlagen.
3. Ohne jede Übertreibung kann man sagen, daß mit dem überwiegenden Teil der Eisenbahner völlige Übereinstimmung darin besteht, daß es notwendig war, die Wasserköpfe in den Verwaltungen der RAWs zu beseitigen. Hauptkritikpunkte bleiben nach wie vor
 - a) die Art und Weise, in der die Abwicklung ohne umfassende politische Vorbereitung erfolgt ist, insbesondere das Übergehen der verantwortlichen Funktionäre bei der Auswahl der zu Entlassenden;
das Nichteinbeziehen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, vor allem der Funktionäre, in die Entscheidungsfindung und die Tatsache, daß es im S-Bahnverkehr eine erhebliche Anzahl von Kollegen gibt, die beträchtliche Überstunden machen müssen, um den Verkehr überhaupt aufrecht zu erhalten, ohne daß der Versuch gemacht

wurde, aus dem Kreis der Ausscheidenden - die zum Teil über die notwendige fachliche Ausbildung verfügen - solche Stellen im technischen Bereich und im S-Bahnverkehr zu besetzen, die unbedingt erforderlich wären, um mit den übermäßigen Überstunden Schluß zu machen. (Im SBW-Wannsee - das heißt bei den Triebwagenfahrern der S-Bahn - wurden im Jahre 1979 55.000 Überstunden gemacht. Eine größere Anzahl von Fahrdienstleitern macht jährlich 500 bis 600 Überstunden durchschnittlich usw.) Besonders in diesem Bereich gibt es viele gewerkschaftliche Beschlüsse, aber auch Beschlüsse der Parteigruppen, die sich in dieser Richtung äußern und die den übergeordneten Leitungen in der Reichsbahn zugesandt wurden. Trotzdem konnte bisher, nicht zuletzt durch den Einsatz der Genossen, gerade in diesem Bereich jede ernsthafte Provokation verhindert werden.

- b) In allen Reichsbahndienststellen hat die Vorgehensweise bei den Entlassungen und die nicht umfassend genug geleistete politische Hilfe seitens der Verantwortlichen in den Organen der Reichsbahn und des FDGB dazu geführt, daß sich ein tiefes Mißtrauen, bis in die Kreise der Partei hinein, gegen die für Westberlin verantwortlichen Funktionäre des FDGB, gegen die verantwortlichen Genossen in der Polit-Abteilung und die für Westberlin Verantwortlichen der Deutschen Reichsbahn entwickelt hat. Dabei spielen einerseits falsche Demokratie-Vorstellungen eine Rolle, die zum Teil im Kampf unserer Partei gegen Massenentlassungen in den Westberliner Konzernbetrieben ihre Ursache haben, andererseits aber auch in starkem Maße solche Tatsachen, daß eine Reihe verantwortlicher Genossen behauptet, daß sie seit Jahren gegenüber den verantwortlichen Organen der Reichsbahn auf die Notwendigkeit und Möglichkeit sinnvoller Personaleinsparungen und Rationalisierung aufmerksam gemacht hätte - insbesondere in den RAWs -, bei deren Verwirklichung eine solche Gewaltaktion völlig unnötig gewesen wäre. Nach ihren Behauptungen sind all diese Vorschläge jedoch vorher mißachtet worden und zum Teil auch daran gescheitert, daß die beiden RAW in der Vergangenheit immer eine besondere Rolle gespielt hätten und keiner ernsthaft daran gegangen wäre, die dort seit 1961 offensichtlichen Probleme zu lösen.

4. Seitens des Parteivorstandes werden alle Anstrengungen unternommen, um konsequent die festgelegte Linie durchzuziehen. Mich selbst haben mindestens 100 Genossen als Vertreter der verschiedenen Parteigruppen bzw. Gewerkschaftsorgane aufgesucht, so daß ich die Möglichkeit hatte, viel in dieser Richtung stabilisierend einzuwirken, ohne schon immer voll zu überzeugen.

Wir haben außerdem ständigen Kontakt mit den Parteileitungen in den beiden RAWs, und insbesondere die Kreisvorstände Charlottenburg und Schöneberg sind ernsthaft bemüht, in dieser Richtung zu wirken. Am Freitag, dem 18.1., habe ich nach vorheriger Rücksprache mit Genossen Kuske, dem Leiter der Polit-Abteilung der RBD Berlin, eine Beratung mit allen Kreisvorsitzenden durchgeführt, in der ich nochmals mit aller Schärfe die Verantwortlichkeit des Westberliner Senats für diesen Schritt der Deutschen Reichsbahn herausgearbeitet und zugleich die ganze Partei darauf orientiert habe, den Blick im Kampf nach vorn zu richten. Nach vorheriger Zustimmung durch Genossen Otto Arndt habe ich dabei verbindlich erklärt, daß die Gerüchte in den bürgerlichen Massenmedien über weitere Massenentlassungen im Februar, März und April falsch sind und nicht zutreffen, ohne aber dabei den Eindruck zu erwecken, daß generell für die Zukunft alles so bleibt wie es ist.

Ich habe die Kreisvorsitzenden dahingehend instruiert, alles zu tun, um die Parteiorganisationen enger zusammenrücken zu lassen, der gehässigen Kampagne des Klassegegners offensiver entgegenzutreten und vor allem Schluß zu machen mit der Periode, in der über die Art und Weise der Entlassungen geklönt wird, was nur dem

Klassengegner Boden in seiner Agitation unter den Eisenbahnern gibt, und jetzt wieder zur effektiven Arbeit überzugehen. Dabei wurde sehr deutlich unterstrichen, daß auf keinen Fall zugelassen werden darf, daß der Stoß gegen einzelne verantwortliche Genossen weiterhin geführt wird und daß es dem Gegner nicht gelingen darf, die Partei auseinanderzudividieren bzw. die Westberliner Eisenbahner gegen die RBD und ihre politischen Organe und damit gegen die DDR zu stellen. Es geht vielmehr darum, die eingetretene Verunsicherung so schnell wie möglich zu überwinden und ein normales Verhältnis zwischen Partei, Gewerkschaft, RBD, Polit-Abteilung und Ministerium für Verkehrswesen auf allen Ebenen wieder herzustellen. Wir gehen davon aus, daß die Mitglieder unserer Partei nicht deswegen der Partei angehören, weil sie bei der Reichsbahn beschäftigt sind, sondern weil sie die gesellschaftlichen Verhältnisse in Westberlin verändern wollen.

Mit Genossen Kuske habe ich mich darauf verständigt, daß am Mittwoch, dem 23.1.[???], um 8.00 Uhr eine Besprechung mit allen Vorsitzenden der Parteigruppen in Betrieben der Deutschen Reichsbahn in Westberlin stattfindet, auf der sowohl er als auch ich auftreten werden.

5. Was die zu schaffende, für die umfassende Leitung der Reichsbahnbetriebe in Westberlin zuständige neue Leitung angeht, scheint mir, daß es die erste Aufgabe sein muß, sinnvoll, überlegt und unter Einbeziehung einiger vertrauenswürdiger und erfahrener Genossen aus der Praxis, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die vorhandenen Kräfte nach wohlüberlegter neuer Struktur so eingesetzt werden, daß die gesamte Arbeit effektiver und rationeller gestaltet wird, und an den Stellen, an denen noch immer in großem Umfang Überstunden notwendig sind, dieses Problem als erstes ohne zusätzliche Arbeitskräfte liquidiert wird. Dabei wird sich meiner Meinung nach zeigen, daß es auch dort noch eine größere Anzahl von Verwaltungsstellen gibt, die schnell einsparbar sind. Hier sollte man mit dem notwendigen Fingerspitzengefühl verfahren, dann können auch dort noch Zug um Zug und ohne Panik hervorzurufen, weitere Personalreduzierungen relativ schnell erfolgen. Dazu kommt, daß bei richtigem Einsatz der Kräfte und der Mittel unter Beachtung zentraler Prioritäten sicherlich auch Einsparungen an Devisenausgaben für die jetzt in Anspruch genommene Tätigkeit von Fremdfirmen möglich sein werden.

Unbedingt für erforderlich halte ich auch eine Reorganisation der Tätigkeit der Polit-Abteilung bzw. des FDGB für die Westberliner Betriebe, um die ganzen Veränderungen zugleich mit einer politischen Stärkung in den einzelnen Reichsbahnbetrieben zu verbinden. Dazu gehört auch die Überprüfung, ob die offen oder versteckt für die Partei- und Gewerkschaftsarbeit freigestellten Kräfte nicht sinnvoll reduziert bzw. in die Produktion oder in verantwortliche Leitungsfunktionen der Reichsbahnbetriebe überführt werden können.

Zu entsprechenden Konsultationen bin auch ich selbstverständlich jederzeit bereit.

Soweit für heute zur generellen Seite der Angelegenheit zu Deiner Information.

Mit herzlichen Grüßen

[Unterschrift Horst Schmitt]